

Dokumente zum Zeitgeschehen

NATO-Studie zur Erweiterung des Bündnisses vom September 1995

(Auszug)

Im Dezember 1994 hatten die Außenminister der 16 NATO-Staaten beschlossen, einen Überprüfungsprozeß innerhalb des nordatlantischen Bündnisses über die Grundsätze, Modalitäten und Auswirkungen einer Erweiterung der NATO einzuleiten. Ergebnisse dieser Überprüfung wurden in einer Studie festgehalten, die im September 1995 vorgelegt und – nachdem u. a. das Bedenken gegen eine Erweiterung äußernde Rußland informiert worden war – schließlich auch öffentlich gemacht.

Die vorliegende Studie befaßt sich vornehmlich mit Gründen und Verfahren einer NATO-Erweiterung. Festlegungen in bezug auf neue Mitgliedsländer und Beitrittstermine wurden vermieden. Klargestellt wird hingegen die Ausweitung der auf die „strategischen Nuklearwaffen“ der NATO gestützten Sicherheitsgarantie auf neue Bündnisstaaten: „Neue Mitglieder teilen die daraus erwachsenden Vorzüge und Verantwortlichkeiten auf die gleiche Weise, wie dies alle anderen Verbündeten in Übereinstimmung mit dem Strategischen Konzept auch tun.“ Des weiteren wird konstatiert, daß es aufgrund der NATO-Streitkräftestruktur wichtig sei, daß alliierte Soldaten im Bedarfsfall Zugang zum Territorium neuer Mitgliedstaaten haben.

Nachstehend veröffentlichen wir die ersten beiden Kapitel der NATO-Studie zur Erweiterung des Bündnisses. – D. Red.

Kapitel 1: Zwecke und Prinzipien der Erweiterung

A. Warum die NATO erweitert werden wird / Zwecke der Erweiterung

1. Mit dem Ende des Kalten Krieges gibt es die einzigartige Gelegenheit, eine verbesserte Sicherheitsarchitektur in dem gesamten euro-atlantischen Gebiet zu errichten. Das Ziel einer verbesserten Sicherheitsarchitektur ist es, für größere, allen im euro-atlantischen Gebiet zugute kommende Stabilität und Sicherheit zu sorgen, ohne die Trennungslinien wieder herzustellen. Die NATO betrachtet Sicherheit als ein breites Konzept, das politische und ökonomische ebenso wie Verteidigungskomponenten umfaßt. Solch ein breites Sicherheitskonzept sollte die Basis für eine neue Sicherheitsarchitektur bilden, die durch einen schrittweisen Prozeß von Integration und Kooperation errichtet werden muß, herbeigeführt durch ein Zusammenspiel bestehender multinationaler Institutionen in Europa wie EU, WEU und OSZE, von denen eine jede in Übereinstimmung mit ihren entsprechenden Verantwortlichkeiten eine Rolle bei der Umsetzung dieses breiten Sicherheitskonzepts zu spielen hat. In diesem Prozeß, der bereits auf gutem Weg ist, hat die Allianz eine starke, aktive und zentrale Rolle als einer der Ecksteine der Stabilität und Sicherheit in Europa gespielt und wird diese Rolle auch weiterhin spielen. Die NATO bleibt eine rein defensive Allianz, deren grundlegender Zweck darin besteht, den Frieden im euro-atlantischen Gebiet zu bewahren und Sicherheit für ihre Mitglieder zu schaffen.

2. Wenn die NATO andere europäische Länder einlädt, Alliierte zu werden, wie dies in Artikel 10 des Washingtoner Vertrags vorgesehen und auf dem Gipfeltreffen in Brüssel im Januar 1994 bekräftigt worden ist, wird dies ein weiterer Schritt in Richtung des grundlegenden Ziels der Allianz sein, Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Gebiet zu vergrößern, innerhalb des Kontextes einer breiten europäischen Sicherheitsarchitektur. Die NATO-Erweiterung wird die Vorzüge gemeinsamer Verteidigung und der Integration in europäischen und euro-atlantischen Institutionen auf neue Mitglieder ausdehnen. Die Vorteile gemeinsamer Verteidigung und einer solchen Integration sind wichtig, um die weitere demokratische Entwicklung neuer Mitglieder zu sichern. Durch die Integration von mehr Ländern in die bestehende Wertegemeinschaft und die bestehenden Institutionen wird die NATO-Erweiterung, in

Einklang mit den Zielen des Washingtoner Vertrags und der Londoner Deklaration, Freiheit und Sicherheit aller Mitglieder gewährleisten, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta. Die Erfüllung der grundlegenden Sicherheitsziele der NATO und Unterstützung der Integration neuer Mitglieder in europäische und euro-atlantische Institutionen sind so komplementäre Ziele des Erweiterungsprozesses und stehen im Einklang mit dem strategischen Konzept der Allianz.

3. Deshalb wird die Erweiterung zu einer erhöhten Stabilität und Sicherheit für alle Länder innerhalb des euro-atlantischen Gebiets beitragen:

- Durch Ermunterung und Unterstützung demokratischer Reformen, einschließlich der zivilen Kontrolle des Militärs;
- Durch Förderung der Muster und Verhaltensweisen von Kooperation, Konsultation und Konsens bei den neuen Mitgliedern der Allianz, Muster und Verhaltensweisen, die die Beziehungen zwischen den gegenwärtigen Alliierten kennzeichnen;
- Durch Begünstigung gutnachbarschaftlicher Beziehungen, die allen Ländern innerhalb des euro-atlantischen Gebiets nutzen werden, sowohl Mitgliedern als auch Nicht-Mitgliedern der NATO;
- Durch Betonung gemeinsamer Verteidigung und Ausweitung ihrer Vorteile sowie durch wachsende Transparenz bei der Verteidigungsplanung und bei Militärbudgets, wodurch die Wahrscheinlichkeit von Instabilität reduziert wird, die möglicherweise durch eine ausschließlich nationale Herangehensweise an Verteidigungspolitik verursacht werden kann;
- Durch Verstärkung der Integrations- und Kooperationstendenz in Europa, basierend auf geteilten demokratischen Werten, und dadurch gegenläufige Tendenzen der Desintegration entlang ethnischer und territorialer Linien im Zaum haltend;
- Durch Stärkung der Fähigkeit der Allianz, zur europäischen und internationalen Sicherheit beizutragen, friedenssichernde Aktivitäten und Verantwortung der OSZE und friedenssichernde Operationen unter der Autorität des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ebenso eingeschlossen wie andere neue Missionen;
- Durch Stärkung und Verbreiterung der transatlantischen Partnerschaft.

B. Prinzipien der Erweiterung

4. Die Erweiterung der Allianz erfolgt durch den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu dem Washingtoner Vertrag. Die Erweiterung sollte:

- Mit den Zwecken und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen und dazu beitragen, diese zu fördern, und die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Kultur aller Allianzmitglieder und deren Völker, die auf der individuellen Freiheit und der Herrschaft des Gesetzes beruht, zu schützen. Neue Mitglieder müssen mit diesen grundlegenden Prinzipien übereinstimmen:
- mit Artikel 10 des Washingtoner Vertrags voll übereinstimmen, der feststellt, „daß Parteien, auf der Grundlage einmütiger Zustimmung, irgendeinen anderen europäischen Staat, der sich in der Position befindet, die Prinzipien dieses Abkommens zu befördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, einladen können, diesem Abkommen beizutreten...“
- auf der Basis erfolgen, daß neue Mitglieder alle Rechte genießen und alle Verpflichtungen der Mitgliedschaft entsprechend dem Washingtoner Vertrag übernehmen und Prinzipien, Politik und Prozedere, die sich alle Mitglieder der Allianz bis zu dem Zeitpunkt des Beitritts neuer Mitglieder zu eigen gemacht haben, akzeptieren und übernehmen;
- die Effektivität und Kohäsion der Allianz stärken und die politischen und militärischen Fähigkeiten der Allianz bewahren, sowohl ihre zentralen Funktionen gemeinsamer Verteidigung als auch friedenssichernde und andere neue Missionen zu erfüllen;
- Teil einer breiten europäischen Sicherheitsarchitektur sein, die auf offener Kooperation in ganz Europa basiert. Sie würde niemanden bedrohen und Stabilität und Sicherheit für ganz Europa stärken;
- die fortgesetzt wichtige Rolle der Partnerschaft für den Frieden [PfP] berücksichtigen, die sowohl interessierten Partnern durch deren Teilnahme an PfP-Aktivitäten auf die Vorteile und Verantwortlichkeiten eventueller Mitgliedschaft vorbereiten hilft als auch als Mittel dient, die Beziehungen zwischen Partnerländern zu stärken, bei denen unwahrscheinlich ist, daß sie der Allianz zu einem frühen Zeitpunkt oder überhaupt beitreten. Aktive Teilnahme an der Partner-

schaft für den Frieden spielt eine wichtige Rolle in dem evolutionären Prozeß der NATO-Erweiterung;

- die Erweiterung der Europäischen Union ergänzen, ein paralleler Prozeß, der für seinen Teil auch auf bedeutsame Weise dazu beiträgt, Sicherheit und Stabilität auf die neuen Demokratien im Osten auszudehnen.

5. Neue Mitglieder müssen sich zu dem Zeitpunkt, an dem sie beitreten, verpflichten, wie dies alle gegenwärtigen Mitglieder auf der Basis des Washingtoner Vertrags tun:

- ihre Anstrengungen zur kollektiven Verteidigung und zur Sicherung von Frieden und Sicherheit zu vereinen; internationale Streitigkeiten, in die sie möglicherweise verwickelt sind, mit friedlichen Mitteln in einer Art und Weise zu lösen, daß der internationale Friede, Sicherheit und Gerechtigkeit nicht in Gefahr gebracht werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder des Einsatzes von Gewalt zu enthalten, die in irgendeiner Art und Weise den Zwecken der Vereinten Nationen widerspricht;

- beizutragen zur Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen, durch Stärkung ihrer freien Institutionen, durch Herbeiführung eines besseren Verständnisses der Prinzipien, auf denen sich diese Institutionen gründen, und durch Förderung der Bedingungen von Stabilität und Wohlfahrt;

- die Effektivität der Allianz zu erhalten durch Verteilung der Rollen, Risiken, Verantwortlichkeiten, Kosten und Vorteile der Versicherung gemeinsamer Sicherheitsziele und -gegenstände.

6. Staaten, in denen es ethnische Dispute gibt oder die externe territoriale Streitigkeiten einschließlich irredentistischer Ansprüche oder interne rechtshoheitliche Auseinandersetzungen haben, müssen diese durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit den Prinzipien der OSZE lösen. Die Lösung solcher Konflikte würde ein Faktor sein bei der Entscheidung, ob ein Staat eingeladen wird, der Allianz beizutreten.

7. Entscheidungen über eine Erweiterung obliegen der NATO selbst. Die Erweiterung wird geschehen durch einen schrittweisen, überlegten und transparenten Prozeß, einschließlich des Dialogs mit allen interessierten Parteien. Es gibt keine fixierte oder feste Kriterienliste, um neue Mitgliedstaaten einzuladen, der Allianz beizutreten. Über die Erweiterung wird auf einer Einzelfallbasis entschieden, und einige Nationen werden die Mitgliedschaft vor anderen erhalten. Neue Mitglieder sollten nicht auf der Basis aufgenommen oder ausgeschlossen werden, daß sie zu einer Gruppe oder Kategorie gehören. Letztendlich werden die Alliierten durch Konsens bei jedem neuen Mitglied entscheiden, ob es eingeladen wird, beizutreten, gemäß ihrer Beurteilung, ob ein solches Vorgehen zu Sicherheit und Stabilität in der nordatlantischen Region zu dem Zeitpunkt beiträgt, an dem eine entsprechende Entscheidung ansteht. Die NATO-Erweiterung wird in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der verschiedenen OSZE-Dokumente vor sich gehen, die das souveräne Recht eines jeden Staates bekräftigen, frei seine eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu suchen, internationalen Organisationen einschließlich Bündnissen anzugehören oder nicht anzugehören. Keinem Land außerhalb der Allianz sollte ein Vetorecht oder ein *Droit de regard* bezüglich des Prozesses und der Entscheidungen eingeräumt werden.

8. Die kollektiven Verteidigungsvereinbarungen der NATO, wie sie in den Punkten 47 und 48 beschrieben sind, sind ein konkreter Ausdruck der Verpflichtung der Alliierten, ihre jeweiligen und kollektiven Fähigkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln, einem bewaffneten Angriff zu widerstehen. Vor dem Hintergrund bestehender Vereinbarungen über den Beitrag zur kollektiven Verteidigung werden die Alliierten wissen wollen, was neue Mitglied zur kollektiven Verteidigung der NATO beizutragen beabsichtigen, und alle Aspekte dieser Frage in detail im Rahmen von bilateralen Gesprächen im Vorfeld von Beitrittsverhandlungen prüfen.

Kapitel 2: Wie sicherzustellen ist, daß die Erweiterung als Teil einer breiten europäischen Sicherheitsarchitektur zur Stabilität und Sicherheit in der gesamten euro-atlantischen Region beiträgt und die Zielsetzung eines ungeteilten Europa unterstützt

A. Einleitung – Die NATO-Erweiterung in ihrem breiten Kontext

9. Die NATO spielt eine essentielle Rolle innerhalb der sich entwickelnden europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Mitgliedschaft der NATO aus gleichgesinnten Verbündeten, die sich

der Zusammenarbeit verschrieben haben, hat im Verlauf ihrer 45jährigen Existenz mit dazu beigetragen, die Natur der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten grundlegend zu verbessern. Darüber hinaus hat die Verpflichtung aller Alliierten, einander das Territorium zu verteidigen, über mehr als vier Dekaden seinen Wert als Anker der Stabilität und des Vertrauens in Europa bewiesen. Diese Verpflichtung hat den alliierten Ländern dazu verholfen, mächtige und flexible militärische Fähigkeiten zu entwickeln, die unter fester politischer Kontrolle stehen. Das Vertrauen der NATO in kollektive Verteidigung hat sichergestellt, daß kein einziger Alliierte gezwungen ist, im Umgang mit grundlegenden Sicherheits Herausforderungen allein auf nationale Anstrengungen zu bauen. Diesen Nutzen mit neuen Mitglieder zu teilen, kann mit dazu beitragen, Sicherheit und Stabilität in Europa zu erweitern. Die Erweiterung der NATO wird als ein Element einer bereits begonnenen umfassenden Evolution der europäischen Zusammenarbeit und Sicherheit vor sich gehen. Die Erweiterung der NATO muß als ein Element einer breiten europäischen Sicherheitsarchitektur verstanden werden, die über die Vorstellung von „Trennungslinien“ in Europa hinausgeht und diese obsolet macht.

10. Die gegenwärtige Diskussion über die Erweiterung findet unter ganz anderen Umständen statt als jene Debatten, die während des Kalten Krieges vorherrschten. In diesem Kontext muß die Entscheidung, neuen Mitgliedern Zutritt zu gewähren, den Umstand bedenken, daß Sicherheits Herausforderungen und Risiken, denen sich die NATO jetzt gegenüber sieht, deutlich von denen unterschieden sind, mit denen sie in der Vergangenheit konfrontiert war. 1991 stellte das Strategische Konzept fest: „Die Drohung eines gleichzeitigen Angriffs in vollem Umfang an allen europäischen NATO-Fronten ist wirklich beseitigt worden...“ Seither ist das Risiko der Wiederentstehung einer massiven militärischen Bedrohung noch kleiner geworden. Dennoch bleiben Risiken im Bereich der europäischen Sicherheit, die viele Facetten besitzen und in viele Richtungen gehen und deshalb schwer vorherzusagen und zu bewerten sind. Die NATO muß imstande bleiben, auf solche Risiken und neu entstehende Herausforderungen zu antworten, wenn die Stabilität in Europa und die Sicherheit ihrer Mitglieder, alter und neuer, geschützt werden soll. Zahlreiche Länder streben nach einer NATO-Mitgliedschaft in dem weiteren Zusammenhang, um Teil der existierenden europäischen und euro-atlantischen Strukturen zu werden und ihre Sicherheit und Stabilität zu stärken.

11. Stabilität und Sicherheit in Europa werden durch einen evolutionären Prozeß gestärkt, der politische und Sicherheitsentwicklungen in ganz Europa in Rechnung stellt. Die Erweiterung der NATO wird Teil dieses Prozesses sein, niemanden bedrohen und dazu beitragen, eine auf aufrichtiger Kooperation in ganz Europa beruhende breite europäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, die die Stabilität und Sicherheit aller erhöht.

12. Die europäische Sicherheitsarchitektur ist aus europäischen Institutionen (wie Europäische Union [EU] und Westeuropäische Union [WEU]) sowie transatlantischen Institutionen (NATO) zusammengesetzt. Sie schließt außerdem die OSZE ein, deren Mitgliedschaft sowohl alle europäischen als auch alle nordamerikanischen Länder umfaßt und die daher die umfassendste europäische Sicherheitsinstitution ist, in deren Rahmen Vereinbarungen von besonderer Bedeutung für die europäische Sicherheit (der KSE-Vertrag und der Stabilitätspakt) geschlossen wurden. Die NATO hat für ihren Teil Kooperationsvereinbarungen entwickelt: den Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) und die Partnerschaft für den Frieden (PfP). Die Zusammenarbeit im Rahmen von NACC und PfP wird auch weiterhin eine bedeutende Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur spielen, sowohl bei der Erweiterung der Allianz als auch bei der Stärkung der Beziehungen der Allianz zu Partnerländern, die nicht zu einem frühen Zeitpunkt oder überhaupt nicht der Allianz beitreten können. Dies wird in Kapitel 3 angesprochen.

13. Die Erweiterung wird Folgen für alle europäischen Nationen haben, einschließlich der Staaten, die nicht zu einem frühen Zeitpunkt oder überhaupt nicht der NATO beitreten. Es wird wichtig sein, aktive und kooperative Beziehungen zu Ländern beizubehalten, die nicht der Allianz beitreten, um Teilungen oder Unsicherheiten in Europa zu vermeiden und ein breites und umfassendes Herangehen an kooperative Sicherheit zu gewährleisten. Die Allianz sollte unterstreichen, daß es die Frage von „Einflußzonen“ im gegenwärtigen Europa nicht geben kann. Die Beziehungen der NATO zu anderen europäischen Staaten, ob sie nun Kooperationspartner sind oder nicht, sind wichtige Faktoren, die in Betracht gezogen werden müssen, um zu einer Entscheidung über den Fortgang der Erweiterung zu gelangen, die die Schaffung von Sicherheit für Staaten ist, die keine zukünftigen NATO-Mitglieder sind. Jedwede Entscheidung wird

einen bedeutenden Einfluß auf die europäische Sicherheitsumgebung haben, und deshalb fordert das Timing einer solchen Entscheidung sorgfältige Überlegungen.

Die Durchführung von Rußlands Individuellem Partnerschaftsprogramm im Rahmen der PfP und unseres Dialogs und der Kooperation mit Rußland jenseits der PfP werden gemeinsam die Zusammenarbeit zwischen der Allianz und Rußland erneuern und ausweiten, was, wie wir glauben, die Stabilität und Sicherheit in Europa stärken wird, als Teil unseres breiten Herangehens, eine kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa zu entwickeln. Ebenso wollen wir unsere Beziehungen mit allen neuen demokratischen Staaten weiterentwickeln, deren Unabhängigkeit und Demokratie einen bedeutenden Faktor der Sicherheit und Stabilität in Europa bilden. In diesem Zusammenhang widmen wir unseren Beziehungen zur Ukraine besondere Bedeutung, die wir weiterentwickeln wollen, insbesondere durch verstärkte Kooperation innerhalb der PfP.

B. Die NATO-Erweiterung und andere europäische Sicherheitsinstitutionen, besonders die OSZE, die EU und die WEU

14. Es gibt mehrere Institutionen, die eine entscheidende Rolle in der entstehenden europäischen Sicherheitsarchitektur spielen. Es ist wichtig, die Erweiterung der NATO danach zu bewerten, wie sie zur Stabilität und Sicherheit in Verbindung mit diesen anderen Institutionen beitragen kann.

15. Als umfassendste Institution in der europäischen Sicherheitsarchitektur kommt der OSZE eine Schlüsselrolle dabei zu, die Sicherheit aufrecht zu erhalten und Spaltungen in Europa zu überwinden, und sie sollte unabhängig von der Erweiterung der NATO gestärkt werden. Eine gestärkte OSZE wird dazu beitragen, Rückversicherungen für Staaten zu geben, die nicht zu einem frühen Zeitpunkt oder überhaupt nicht der NATO beitreten können. Die OSZE hat einzigartige Kapazitäten in ihrer 20jährigen Geschichte entwickelt, zu Sicherheit und Stabilität auf solchen Gebieten wie Frühwarnung, Konfliktprävention und Krisenmanagement, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, wirtschaftliche Zusammenarbeit und bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten beizutragen.

16. Die Aktivitäten der OSZE und der NATO ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Die NATO bildet ein wichtiges Forum für politische Konsultationen zwischen gleichgesinnten Verbündeten als auch einzigartige militärische Möglichkeiten, auf Sicherheits Herausforderungen zu antworten. Die Verpflichtung der NATO, von Fall zu Fall und in Übereinstimmung mit den Verfahrensweisen der Allianz friedenssichernde Aktivitäten unter Verantwortung der OSZE und friedenssichernde Operationen unter Autorität des UN-Sicherheitsrates zu unterstützen, wird nach der Erweiterung gültig bleiben. Eine erweiterte Allianz würde über größere Kapazitäten verfügen, um solche friedenssichernden Aktivitäten und Operationen zu unterstützen. Die OSZE-Diskussionen über ein europäisches Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert sollten im Prozeß der NATO-Erweiterung bedacht werden, aber diesen Prozeß nicht verzögern. Eine gestärkte OSZE, eine erweiterte NATO, ein aktiver NACC und eine aktive PfP würden zusammen mit anderen Foren komplementäre Teile einer breiten, umfassenden europäischen Sicherheitsarchitektur bilden und die Zielsetzung eines ungeteilten Europa unterstützen.

17. Der Stabilitätspakt in Europa, der der OSZE anvertraut wurde und aus zahlreichen bilateralen Vereinbarungen und Abkommen zwischen europäischen Ländern besteht, ist eine grundlegende Stütze von Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Der Stabilitätspakt zielt darauf ab, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln, die Respektierung der Menschenrechte einschließlich der Rechte jener, die die nationalen Minderheiten angehören, voranzutreiben und Streitigkeiten zwischen europäischen Staaten beizulegen. Wie in Kapitel 1 vermerkt, würde die Lösung solcher Konflikte ein Faktor bei der Entscheidung, ob ein Staat eingeladen wird, der Allianz beizutreten. Die Umsetzung sowohl des Stabilitätspaktes als auch anderer internationaler und bereits abgeschlossener Vereinbarungen kann dazu beitragen, die notwendigen Bedingungen für die Erweiterung der NATO zu schaffen. Umgekehrt wird die Erweiterung der NATO-Mitgliedschaft die Umsetzung existierender Vereinbarungen und die vollständige Erfüllung der Bedingungen, die sie enthalten, erleichtern.

18. Die Erweiterung der Allianz hat das Ziel, die Stabilität in der euro-atlantischen Region auszuweiten und die langfristige Sicherheit sowohl für alle NATO-Mitgliedstaaten als auch

für andere zu vergrößern. Die Erweiterung der NATO ist ein parallel zur Erweiterung der Europäischen Union verlaufender Prozeß und wird diesen komplementieren. Beide, die NATO wie die EU, haben gemeinsame strategische Interessen und einen breiten Zugang zu Stabilität und Sicherheit, wobei politische, wirtschaftliche, soziale und Umweltaspekte zusammen mit der Verteidigungsdimension eingeschlossen sind. Beide Erweiterungsprozesse werden Wichtiges dazu beitragen, die von den Mitgliedern genossene Sicherheit und Stabilität sowie den Wohlstand auf andere, gleichgesinnte demokratische europäische Staaten auszuweiten. Durch den Abschluß von Euro-Vereinbarungen hat die EU einer Reihe von europäischen Staaten die Perspektive einer eventuellen EU-Mitgliedschaft und der Integration in die EU-Strukturen eröffnet.

Die Erweiterung beider Organisationen wird autonom vonstatten gehen, entsprechend ihrer jeweiligen inneren Dynamiken und Verfahren. Dies bedeutet, daß es unwahrscheinlich ist, daß sie im gleichen Tempo vorgehen. Aber die Allianz betrachtet die eigene Erweiterung und die der EU als sich wechselseitig unterstützende und parallele Prozesse, die zusammen einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der europäischen Sicherheitsstruktur leisten werden. Deshalb sollte jede Organisation sicherstellen, daß ihr jeweiliger Fortgang tatsächlich dem Ziel der Stärkung europäischer Stabilität und Sicherheit dient. Weil keine strenge Parallelisierung vorgesehen ist, muß jede Organisation die Entwicklungen in der anderen berücksichtigen.

19. Mitglieder der Europäischen Union sind auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet, die alle auf die Sicherheit der Union bezogenen Fragen einbeziehen soll, einschließlich der eventuellen Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die mit der Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung vergleichbar der der Atlantischen Allianz führen könnte. Die WEU ist integraler Teil der Entwicklung der Union. In ihrer doppelten Rolle als Verteidigungskomponente der EU und als europäischer Pfeiler der Atlantischen Allianz verleiht die WEU der europäischen Sicherheit eine weitere bedeutende Dimension. In Anerkennung dieser Doppelrolle und getragen von dem Wunsch, zu ihrer Fortentwicklung beizutragen, haben die Staats- und Regierungschefs der NATO im Januar 1994 ihre Bereitschaft erklärt, kollektive Güter der Allianz auf der Basis von Konsultationen im Nordatlantikat für WEU-Operationen, die von den europäischen Verbündeten in Verfolgung ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durchgeführt werden, verfügbar zu machen.

20. Alle Vollmitglieder der WEU sind gleichzeitig Mitglieder der NATO. Aufgrund des kumulativen Effekts der Sicherheitsgarantie in Artikel V des modifizierten Brüsseler Vertrags und in Artikel 5 des Washingtoner Vertrags ist der Erhalt dieser Verbindung essentiell. Beide Erweiterungsprozesse sollten daher kompatibel und wechselseitig unterstützend sein. Zur selben Zeit wird die WEU zur Verteidigungskomponente der Europäischen Union weiterentwickelt, was die Beziehung zwischen den beiden Organisationen stärkt. Eine eventuelle breite Kongruenz der europäischen Mitgliedschaft in NATO, EU und WEU würde positive Auswirkungen auf die europäische Sicherheit haben. Die Allianz sollte zu einem angemessenen Zeitpunkt den Ländern, die die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft und die Interesse an einem NATO-Beitritt gezeigt haben, besondere Aufmerksamkeit schenken, um auf der in dieser Studie aufgezeigten Basis zu erwägen, wie sie zu transatlantischer Sicherheit innerhalb des Washingtoner Vertrags beitragen können und zu entscheiden, ob sie eingeladen werden, der NATO beizutreten.

21. Alle KSE-Parteien anerkennen die fortbestehende grundlegende Rolle des Abkommens bei der Bildung und dem Erhalt europäischer Stabilität und Sicherheit. Dies wird ebenso von allen anderen an der OSZE partizipierenden Staaten geteilt. Die NATO-Verbündeten betrachten den KSE-Vertrag als Eckstein europäischer Sicherheit. Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, die Integrität des KSE-Vertrages zu sichern und dessen vollständige und fristgerechte Umsetzung zu gewährleisten. Die NATO als solche gehört weder zu den Unterzeichnern des KSE-Vertrages noch einer anderen Waffenkontrollvereinbarung. Vom rechtlichen Gesichtspunkt aus betrachtet hat die Erweiterung der NATO als solche keine Auswirkungen auf den Vertrag. In jedem Fall können mögliche Implikationen der NATO-Erweiterung für den KSE-Vertrag erst festgestellt werden, wenn die Erweiterung tatsächlich stattfindet. Weil es weder eine Entscheidung über den Zeitpunkt noch über den Umfang der NATO-Erweiterung gibt, wäre es verfrüht, irgendwelche Schlußfolgerungen im jetzigen Stadium zu ziehen.

22. Die bestehenden vertrauensbildenden, Abrüstungs- und Waffenkontrollvereinbarungen sind grundlegende Stützen der Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Die NATO muß zu de-

ren fortgesetzter Gültigkeit und Relevanz im Verlauf des Erweiterungsprozesses beitragen. Die Erweiterung könnte die Fähigkeit der Allianz vergrößern, weitere Waffenkontroll- und Abrüstungsmaßnahmen zu fördern sowie dazu beizutragen, Wege zur Kontrolle der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu finden.

C. Beziehungen zu Rußland

23. Rußland muß einen bedeutenden Beitrag zu europäischer Stabilität und Sicherheit leisten. Wir haben vereinbart, daß konstruktive kooperative Beziehungen, getragen von gegenseitigem Respekt und Nutzen sowie von beiderseitiger Freundschaft zwischen der Allianz und Rußland ein Schlüsselement für Sicherheit und Stabilität in Europa sind. Im Juni 1994 vereinbarten wir, daß solche Beziehungen auf einem Weg entwickelt werden sollten, der gemeinsame Ziele und Ergänzungen in Betracht zieht und die Beziehungen zu allen anderen Staaten verstärkt, der transparent und nicht gegen die Interessen von Drittländern gerichtet ist. Kooperative Beziehungen zwischen der NATO und Rußland sind nicht nur im Interesse der NATO und Rußlands, sondern auch aller anderen Staaten in der OSZE-Region.

24. Die NATO und Rußland haben vereinbart, einen breiten und verstärkten Dialog und eine Kooperation auf Gebieten zu verfolgen, auf denen Rußland einzigartige und bedeutende Beiträge zu leisten vermag, entsprechend seinem Gewicht und seiner Verantwortung als eine europäische und internationale Groß- und als Nuklearmacht.

25. Im Juni 1994 vereinbarten die NATO und Rußland, eine weitreichende kooperative Beziehung zwischen der NATO und Rußland in Gang zu bringen, mit dem Ziel, gegenseitiges Vertrauen und Offenheit zu stärken. Zu dieser Zeit unterzeichnete Rußland das PfP-Rahmendokument. Im Dezember wurde Einigung über Rußlands Individuelles Partnerschaftsprogramm und über Gebiete zur Verfolgung eines breiten, verstärkten Dialogs und einer verstärkten Kooperation zwischen der NATO und Rußland jenseits der PfP erzielt, die Rußland formal am 31. Mai 1995 akzeptierte.

26. Die Allianz betrachtet es als wünschenswert, die Beziehung zwischen der NATO und Rußland weiterzuentwickeln, als Teil unseres breiten Herangehens, um eine kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa zu entwickeln. Die NATO und Rußland haben einen Dialog darüber initiiert, den es in unserer neu etablierten Beziehung jenseits der PfP zu verfolgen gilt, welche Richtung unser Verhältnis künftig nehmen soll, mit dem Ziel, bis zum Ende des Jahres einen politischen Rahmen für die Beziehung zwischen der NATO und Rußland fertigzustellen, der Grundprinzipien für die Zusammenarbeit beim Thema Sicherheit und für die Entwicklung von wechselseitigen politischen Konsultationen herausarbeitet. Eine stärkere Beziehung zwischen der NATO und Rußland soll einen weiteren Eckstein einer neuen umfassenden und alle einbeziehenden Sicherheitsstruktur in Europa bilden. Die Kooperation zwischen der NATO und Rußland kann dazu beitragen, langwieriges Mißtrauen aus der Zeit des Kalten Krieges zu überwinden und zu gewährleisten, daß Europa nie wieder in einander feindlich gegenüberstehende Lager geteilt wird. Diese Weiterentwicklung der Beziehung zwischen der NATO und Rußland und ihre mögliche eventuelle Formalisierung sollte in groben Zügen parallel mit der NATO-Erweiterung erfolgen, mit dem Ziel, die Stabilität und Sicherheit in Europa weiter zu stärken. Substanz und Form dieses gestärkten Verhältnisses werden im Rahmen eines Dialogs zwischen der NATO und Rußland entwickelt.

27. Die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland sollten Rußlands Bedeutung für die europäische Sicherheit widerspiegeln und auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Respekt und Vertrauen beruhen und „Überraschungsentscheidungen“, die die Interessen des anderen verletzen können, ausschließen. Eine solche Beziehung kann nur dann florieren, wenn sie in der strengen Befolgung internationaler Bindungen und Verpflichtungen wie denen in der UN-Charta und der OSZE einschließlich des Code of Conduct und des KSE-Vertrages und in dem vollen Respekt für die Souveränität anderer unabhängiger Staaten wurzelt. NATO-Entscheidungen können nicht Gegenstand irgendeines Vetorechts oder eines Droit de regard durch einen Nichtmitgliedstaat sein noch kann die Allianz einer anderen europäischen Sicherheitsorganisation untergeordnet werden.

28. Rußland hat mit Blick auf den Erweiterungsprozeß der Allianz Besorgnisse geäußert. Die Allianz nimmt sich dieser Besorgnisse an durch die Entwicklung ihrer ausgeweiteten Beziehung zu Rußland, und die Allianz hat klargemacht, daß der Erweiterungsprozeß ein-

schließlich der damit verbundenen militärischen Vereinbarungen niemanden bedroht und zu einer sich entwickelnden breiten europäischen Sicherheitsarchitektur beiträgt, basierend auf aufrichtiger Kooperation innerhalb ganz Europas, die die Sicherheit und Stabilität aller stärkt.

D. Auswirkungen auf den Entscheidungsprozeß über europäische Sicherheit und Stabilität

29. Der Entscheidungsprozeß über eine Erweiterung wird in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Vertrag stehen. Jede Einladung wird aus der Sache selbst, von Fall für Fall und in Übereinstimmung mit den in dieser Studie genannten Prinzipien sowie unter Berücksichtigung der politischen und der mit Sicherheit verbundenen Entwicklungen in ganz Europa entschieden. Besonders in der Zwischenzeit ist es wichtig, nicht die Möglichkeit einer eventuellen Allianz-Mitgliedschaft irgendeines europäischen Staates in Übereinstimmung mit Artikel 10 des Washingtoner Vertrags auszuschließen.

30. Länder können eingeladen werden, nacheinander beizutreten, oder mehrere Länder können gleichzeitig eingeladen werden, beizutreten, dabei berücksichtigend, daß alle Alliierten auf der Grundlage eines Konsenses über jede Einladung entscheiden; das heißt: neue Alliierte müssen sich dem Konsens für nachfolgende Einladungen anschließen. Der schrittweise Zugang wäre imstande, den Einwand abzuschwächen, daß andere ausgeschlossen werden könnten, und es leichter zu machen, mit einem oder mehreren Ländern zu beginnen, aber er birgt auch das Risiko, die Dauer des Zugangs auszuweiten und damit die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Angelegenheiten der Allianz abzulenken. Gleichzeitige Zugänge würden die Möglichkeit eines Vetos neuer Mitglieder gegen andere, die zum selben Zeitpunkt beitreten, ausschließen; jede Entscheidung über einen gleichzeitigen Zugang sollte die Beziehungen zwischen den zukünftigen neuen Mitgliedern und die Auswirkungen auf andere Staaten berücksichtigen, einschließlich deren Beziehungen zur NATO. Mit dem Beitritt eines neuen Mitgliedes/neuer Mitglieder zum Washingtoner Vertrag verbundene gesetzgeberische Ratifizierungserwägungen in Ländern der Allianz sollten ebenso Berücksichtigung finden.

Besorgnisse, daß ein neues Mitglied hinter sich „die Tür zumachen“ könnte gegen die zukünftige Aufnahme anderer Länder, die ebenfalls eine NATO-Mitgliedschaft anstreben, sind bereits in Zusammenhang mit der Diskussion der NATO-Erweiterung zum Ausdruck gebracht worden. Eine solche Situation gilt es zu vermeiden; die Allianz gründet auf der Gemeinsamkeit der Sichtweisen und einer Verpflichtung, auf einen Konsens hinzuarbeiten; Teil der Qualifizierung eines möglichen neuen Mitglieds ist die demonstrierte Verpflichtung auf jenen Prozeß und jene Werte. Wir laden zukünftige neue Mitglieder ein zu bekräftigen, daß sie dies verstanden haben und akzeptieren und entsprechend in gutem Vertrauen handeln. Wenn angebracht, wird die Allianz spezifische politische Verpflichtungen im Verlauf der Beitrittsverhandlungen verlangen.

Rede von Premierminister Alain Juppé am Institut des Hautes Études de Défense Nationale in Paris am 7. September 1995

(Auszug)

Es wird Sie wohl nicht überraschen, wenn ich den Hauptteil meiner Ausführungen ganz bewußt der nuklearen Abschreckung widme. Diese Frage steht seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Brennpunkt der internationalen Diskussion. Sie ist auch in Frankreich hochaktuell, denn wir beschäftigen uns zur Zeit ganz intensiv mit unserer Verteidigungspolitik, und aufgrund unserer letzten Atomversuche stehen wir im Mittelpunkt einer internationalen Diskussion.

1. Lassen Sie uns erstens feststellen, daß die Geschichte die von Frankreich im Laufe der letzten 50 Jahre getroffenen Entscheidungen voll bestätigt hat.